

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

CDU Drucksache 11/1429 vor. Getrennte Abstimmung wird gewünscht über die Anträge zu Kapitel 15 480 - Stichwort: a) Anteil an der Lufthansa, b) Flughafen Düsseldorf - und zu Kapitel 20 610 - Stichwort: WestLB. Die anderen Anträge werden dann zusammen abgestimmt. Wer also zunächst dem von mir genannten Teil des CDU-Änderungsantrags Drucksache 11/1429 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist insoweit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den anderen Teil des Änderungsantrags - Stichworte: Grundstück Tannenstraße und Reduzierung der Schuldenaufnahmen - der Drucksache 11/1429 ab. Wer diesem Teil des Änderungsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 15 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1115. Wer der Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Landtag hat der Beschlußempfehlung damit zugestimmt.

(B)

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Dazu liegt die Beschlußempfehlung in Drucksache 11/1111 vor. Ferner gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1424 mit drei Anlagen; er wird in die Beratung einbezogen.

Ich erteile das Wort der Frau Kollegin van Dinther für die CDU-Fraktion.

Abgeordnete van Dinther (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um fünf Minuten Aufmerksamkeit für Frauenpolitik. Denn auch heute sind viele Frauen noch weit von einer tatsächlichen Gleichstellung mit Männern entfernt. Vor allen Dingen bei dem Wunsch, Familie und Beruf miteinander

(C)

zu vereinbaren, stoßen die Frauen schnell an Hürden, die einer partnerschaftlichen Lebensgestaltung im Wege stehen. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß Frauen und Männer ihr Leben so gestalten können, wie sie es wünschen, muß ein Ziel politischen Handelns sein.

Damit das erkannte Defizit für Frauen schneller überwunden werden kann, ist die Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums möglicherweise ein richtiger politischer Weg. Ich darf an dieser Stelle auch auf Bonn verweisen, wo die Bundesregierung Angela Merkel zur Ministerium für Frauen und Jugend gemacht hat.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das war wohl ein Witz!)

Aber Angela Merkel ist nicht die einzige und nicht die erste, die in Bonn für Frauenbelange kämpft. Heiner Geißler und Rita Süßmuth stehen für eine Politik, die in den letzten Jahren viel für Frauen bewegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld für Mütter und Väter mit Arbeitsplatzgarantie, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sind einige Beispiele, die ich nennen möchte.

(D)

Diese guten Erfahrungen, die wir in Bonn gesammelt haben, lassen die CDU-Fraktion in Düsseldorf zu der Einsicht kommen, das hiesige Frauenministerium zunächst auch mitzutragen. Wir wollen, anders als die F.D.P., der Ministerin die Möglichkeit geben, erfolgreiche Frauenpolitik in diesem Land zu machen.

Nicht verhehlen allerdings möchte ich, daß uns der vorgelegte Haushalt enttäuscht hat. Ich darf Ihnen einmal dieses dünne Heftchen zeigen.

(Die Rednerin hält den Einzelplan 11 hoch.)

Und genauso mager ist leider auch der Inhalt. Wenn ich Personalkosten und die Kosten für das Ministerium abziehe, bleibt eigentlich nur die Seite 22 mit drei Titeln für sächliche Verwaltungsausgaben und fünf Titeln für Zuweisungen und Zuschüsse. Ich kann es auch noch deutlicher sagen: Außer der Unterstützung

(A) (van Dinther [CDU])

für Frauenhäuser und Selbsthilfegruppen kann man vieles andere unter dem Oberbegriff "Öffentlichkeitsarbeit der Ministerin" zusammenfassen.

Dabei ist das Ministerium personell durchaus auf eine ansehnliche Größe angewachsen. Die Erhöhung von 18 auf 54 Stellen entspricht einem Wachstum von 200 %. Meine Damen und Herren, wir wünschten uns auch eine Kompetenzsteigerung der Ministerin um 200 %.

(Beifall bei der CDU)

Doch leider ist die nicht zu erkennen. Viele Referate des neuen Frauenministeriums finden sich gleichlautend im MAGS, im Kultusministerium, im Ministerium für Wissenschaft und Forschung, im Justiz- und im Finanzministerium. Frauenpolitik soll eine Querschnittsaufgabe sein - einverstanden! Frau Ministerin, dann erwarten wir aber auch Durchsetzungskraft, wenn Ihnen schon nicht die Kompetenz für viele die Frauen vor Ort bewegende Fragen zugestanden wird.

Ich darf einige Beispiele nennen. Das größte Problem, das einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegensteht, ist in diesem Lande das mangelnde Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Was wird in Nordrhein-Westfalen mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz? Ich darf auf Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen verweisen, die im September 1990 diesen Rechtsanspruch gefordert haben. Frau Ridder-Melchers kennt diese Beschlüsse, denn sie ist die Landesvorsitzende dieses Vereins. Auch auf Bundesebene wird ständig die Verankerung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz im gesamtdeutschen Recht gefordert. In den Koalitionsvereinbarungen ist dies auch so beschlossen worden.

(B)

Nur im Referentenentwurf zum Kindertagesstättengesetz in Nordrhein-Westfalen ist von Rechtsanspruch absolut nichts zu finden. Statt dessen: starke Belastungen für die Eltern. Schon mittlere Einkommenschichten müssen mit einer Verdoppelung der Elternbeiträge rechnen. Ganz schlimm wird es für die Elternvereine. Statt Eigeninitiative zu fördern, werden die Eltern vor kaum zu überwindende Finanzierungshürden gestellt.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Ich bin gespannt, wer in Zukunft vor Ort Kindergärten und Kindertagesstätten schaffen wird. Bei der vorgesehenen Schlechterstellung der Träger werden wohl wieder viele Belastungen bei den Kommunen hängenbleiben. Gern hätten wir den Einfluß der Ministerin für Frauen, für Eltern wahrgenommen. Doch bisher war leider nichts zu hören.

Weiter geht es im Schulbereich. Von einer Kernzeit im Grundschulbereich oder gar von einer bedarfsgerechten Ganztagsbetreuung in unseren Schulen sind wir in Nordrhein-Westfalen weit entfernt. Und wenn es Pläne dazu gibt, ist auch klar, wer zahlt: natürlich nicht das Land, sondern die Eltern. In diesen Fragen, Frau Ministerin, erwarten die Frauen im Land, daß Sie mit der Faust auf den Kabinetttisch schlagen

(Beifall bei der CDU)

und Frauenforderungen im Männerkabinettt umsetzen.

Die CDU verzichtet auf Anträge zum Frauenhaushalt. Statt dessen wollen wir Schwerpunkte bei der Schaffung von Kindergartenplätzen und der Verbesserung bei der Ganztagsbetreuung im Schulbereich setzen. Hier drückt der Frauenschuh, und dort wollen wir helfen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Thema "Frauenhäuser"! Wir unterstützen Ihre Absicht, möglichst bald in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein Frauenhaus zu fördern. Dort, wo Gewalt in der Familie an der Tagesordnung ist, dürfen wir unsere Augen davor nicht verschließen, muß auch die öffentliche Hand Einrichtungen schaffen, in denen Frauen und Kinder Aufnahme finden.

Den Antrag der GRÜNEN, den Etat der Frauenhäuser um ein Vielfaches zu erweitern, können wir aber nicht unterstützen.

Statt dessen fordern wir Land und Kommunen auf, endlich Wohnungen für Familien und Alleinerziehende mit Kindern zu schaffen. Man findet ja heute eher mit Hund als mit Kindern eine Wohnung.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere schwangere Frauen und Mütter müssen

(A) (van Dinther [CDU])

bei der Vergabe öffentlicher Wohnungen begünstigt werden.

Frau Ministerin, wir erwarten von Ihnen eine pragmatische Frauenpolitik, die sich an den wirklichen Problemen der Frauen vor Ort orientiert. Ideologisch geprägte Frauenpolitik lehnen wir ab.

Frau Ministerin, die CDU ist geduldig. Wir geben Ihnen noch ein wenig Zeit und werden Ihre Arbeit konstruktiv begleiten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Speth, jetzt darf ich Ihnen für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Abgeordnete Speth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muß ich die Zettel meiner Vorrednerinnen und Vorredner sortieren.

(Die Abgeordnete übergibt die auf dem Rednerpult liegenden Zettel an ihre Vorrednerinnen und Vorredner.)

(B)

Nun kann ich anfangen.

Frau van Dinther begann ihren Wortbeitrag eben: Der Haushalt habe sie enttäuscht. Sie hielt das Heft hoch und sagte, das sei ein so dünner Haushalt. Nun hätte eigentlich nur noch gefehlt, daß sie sagt, sie mißt die Qualität der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen an diesem Haushalt. Dann hätte sie noch als letztes sagen können: Pro Seite darf die Ministerin soundsoviel DM ausgeben. Das letztere hat sie nicht getan.

Frau van Dinther! Wir haben uns schon sehr oft darüber gestritten, wie denn Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht wird. Da haben wir einen grundsätzlichen Dissens - übrigens nicht nur zu Ihnen, sondern auch zu der F.D.P.-Fraktion -, daß wir der Auffassung sind, Frauenpolitik müsse in alle Bereiche hineinwirken. Nun haben Sie genau an diesem Punkt, als wir im Frauenausschuß über Anträge gesprochen haben, die nicht zum Frauenhaushalt, also nicht zum Einzelplan 11, gehören, zusammen mit der F.D.P. den Raum verlassen. Also genau bei den Beispielen, die Sie auch gebracht haben.

(C)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: So sind sie!)

Nun bringen Sie genau die Beispiele, die wir im Frauenausschuß behandelt haben; nämlich erstens Haushalt des MAGS, dazu haben wir Anträge gestellt, und zweitens Haushalt Schule, da haben wir auch Anträge - in dem Fall von den GRÜNEN - gehabt, und wir hatten eigene Anträge. Also das, was Sie im Frauenausschuß abgelehnt haben, nämlich zu dieser Art von Frauenpolitik Stellung zu nehmen, das tun Sie heute hier und sagen dann auch noch, Sie hätten überhaupt keinen Antrag zum Frauenbereich gestellt - was übrigens stimmt. Im Frauenausschuß haben Sie keinen einzigen Antrag eingebracht. Die GRÜNEN haben 42 Anträge eingebracht; das sage ich auch einmal dazu. Die SPD-Fraktion hat im Frauenausschuß 12 Anträge eingebracht und die F.D.P.-Fraktion hat einen einzigen Antrag eingebracht. Dieser einzige Antrag war auch sehr schlicht und einfach. Er hieß nämlich: Abschaffung des Frauenministeriums.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun ist das auch eine ganz interessante Geschichte. Der Antrag der F.D.P.-Fraktion war datiert vom 28. Februar 1991. Mit Datum vom 02.03.1991, also zwei Tage später, erreicht alle Fraktionen ein Brief der F.D.P.-Fraktion mit dem Absender "der Geschäftsführer", in dem eine Sparliste der F.D.P.-Fraktion vorgelegt wurde. Auf der Seite 3 unter der Überschrift "Personal" wurde zwar gesagt, das Frauenministerium sei überflüssig, aber bei den konkreten Kürzungsplänen auf einer späteren Seite stand "Einzelplan 11 - Kürzung: keine".

(D)

Das heißt also: Zwei Tage später findet das, was haushaltsmäßig geplant ist, schon wieder nicht statt. Nun will ich nicht beurteilen, warum das nicht geschehen ist. Nur, dieser Widerspruch, denke ich, sollte nicht nur im Frauenausschuß, sondern auch im Parlament benannt werden.

Das Ganze ist also absurdes Theater, frauenpolitisch völlig irrelevant, da wir diesen Antrag sowieso ablehnen werden.

Nur eins hat mich gewundert. Es hat mich gewundert, warum denn so wenige aufgeregte Stellungnahmen bei uns eintrafen: "Das Frauenministerium soll

(A) (Speth [SPD])

abgeschafft werden, eine absurde Forderung der F.D.P." Es gab zwar einige, aber eigentlich waren es ziemlich wenig. Da habe ich mir gedacht, da stimmt doch vielleicht etwas nicht. Ich habe ein paar Gleichstellungsbeauftragte angerufen und gefragt: Habt ihr das eigentlich nicht gelesen, habt ihr das nicht wahrgenommen? Die Antwort war sehr schlicht und eigentlich sehr einleuchtend. Die haben gesagt: "Für so einen Quatsch schreiben wir noch nicht einmal einen Brief!"

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Speth! Darf ich einmal in diese Sprachnische einsteigen? Die Kollegin Woldering wollte eine Frage stellen.

Abgeordnete Speth (SPD): Ich mache das mit meiner Sprache heute abend ziemlich schnell, um keine Nischen zu lassen. Ganz einfach deshalb: Es ist 21.02 Uhr. Das werden sicher alle verstehen.

Vizepräsident Schmidt: Würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(B) Abgeordnete Speth (SPD): Nein, Herr Präsident! Ich bedanke mich für die Zwischenfragen, aber ich denke, wir wollen alle irgendwann nach Hause.

Nun komme ich noch einmal zurück zu dem eigentlichen Punkt. Der eigentliche Punkt, den wir auch im Frauenausschuß hatten - ich sage einmal dazu: in Übereinstimmung mit der Fraktion DIE GRÜNEN -, war, daß wir sehr wohl wollen, daß in allen Bereichen dieses Landes, das heißt in allen Haushalten dieses Landes, Frauenpolitik stattfindet. Aus diesem Grunde haben wir uns als SPD-Fraktion darauf beschränkt, Anträge zu anderen Bereichen zu stellen. Das hat nämlich etwas damit zu tun, daß sich diese Fachausschüsse mit Frauenpolitik beschäftigen müssen - und nicht nur die Fachausschüsse, sondern auch die entsprechenden Ministerien.

Und es passiert etwas sehr Interessantes. Nun mache ich das seit insgesamt sechs Jahren. Ich habe festgestellt: In diesen sechs Jahren hat sich in der Tat etwas verändert. Es gibt nämlich schon Fachausschüsse, die einfach so Anträge zur Frauenpolitik stellen, ohne daß wir Frauen der Fraktion sie darauf aufmerksam

machen müssen. Sie mischen sich da einfach ein.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

Ich sage einmal ein Beispiel. Im MAGS-Haushalt finde ich zu meiner großen Freude einige Anträge, die sich damit befassen, den sexuellen Mißbrauch von Kindern, vor allem der Mädchen, zu verhindern. Wir hatten zwar auch solche Anträge, aber es wurden darüber hinaus noch andere Bereiche gefunden, wie zum Beispiel eine weitere Kinderschutzambulanz, weitere Anlaufstellen. Ich denke, das ist gut und positiv. Und das ist nicht der einzige Bereich, wo andere Fachausschüsse einfach etwas tun.

Ich sage dazu: Dadurch fühle ich mich überhaupt nicht überflüssig, denn zu tun gibt es noch genug, noch sehr viel. Aber unsere Kraft, die Kraft der Menschen, die im Frauenausschuß arbeiten, kann sich jetzt auf neue und andere Bereiche konzentrieren und einiges - vielleicht muß man darüber noch diskutieren; das ist eine andere Sache - doch getrost bereits den Fachausschüssen überlassen. Ich sage heute einmal ausdrücklich Dank dafür, daß es eine ganze Reihe auch von Männern gibt, die das inzwischen begriffen haben und die uns da nicht nur unterstützen, sondern uns auch richtig helfen.

Nun noch etwas zum Personal. Da habe ich noch eine schöne Geschichte, und damit möchte ich dann schließen. Es wird gesagt: Da ist ein furchtbar aufgeblähter Personalapparat bei der Frauenministerin. Nun gibt es einen wunderschönen Bericht aus Bonn vom Bundesbauministerium. Die Ministerin ist Frau Adam-Schwaetzer; Beschäftigte: ungefähr 500. Nun gab es die Ausschreibung für einen Sachbearbeiter/in mit folgendem Text: "Der/die Stelleninhaber/in ist insbesondere zuständig für die Koordination der Aufgaben der beamteten und parlamentarischen Staatssekretäre des Hauses."

Da stutzt man, nicht? Daß man eine eigene Stelle braucht, um die Arbeit der parlamentarischen und beamteten Staatssekretäre zu koordinieren, finde ich schon einmal spannend. Aber es ist noch etwas anderes. Diese Frau Adam-Schwaetzer hat nämlich gedacht: Mit einem beamteten und einem parlamentarischen Staatssekretär komme ich nicht aus; ich brauche von jeder Sorte zwei. Und dann ist eigentlich schon klar, daß man das koordinieren muß, und dafür

(C)

(D)

(A) (Speth [SPD])

gibt es jetzt eine neue Sachbearbeiterin.

Ich sage einmal dazu: Jeder Staatssekretär kostet pro Jahr 700 000 DM. Ich denke, im Vergleich dazu können wir uns das Frauenministerium in Nordrhein-Westfalen durchaus leisten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke der Kollegin Speth. - Ich darf für die Fraktion der F.D.P. der Kollegin Witteler-Koch das Wort erteilen.

Abgeordnete Witteler-Koch³ (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier wird es immer lustiger. Wobei ich nicht verstehen kann, daß Frau Abgeordnete Speth hier immer mit bitterböser Leichenmiene steht und eine Frauenpolitik vertritt, die doch einen Grund zum Lächeln hätte; denn irgendwie macht es doch auch fröhlich, daran zu denken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Speth, wenn Sie dann als Argumentation die Suche nach einer Sachbearbeiterin für die Koordination in dem Ministerium in Bonn als Begründung dafür finden wollen, daß das ein Grund mehr sei, hier ein Frauenministerium zu haben: Es wird immer witziger.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: So dumm können Sie doch nicht sein, daß Sie das so verstanden haben!)

Sie können mir sicherlich abnehmen, daß ich mich für Frauenpolitik einsetze. Aber es wird ätzend, es wird schlimm, was hier abläuft. Es trieft vor Ironie,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Was Sie machen, ist schlimm!)

wenn man sich überlegt, wie Sie hier argumentieren. Selbst die Ministerin argumentiert in einem Interview, in dem sie Gelegenheit hätte, sich und ihre Arbeit zu präsentieren:

(Zuruf der Abgeordneten Berger [SPD])

*Erst durch die Schaffung eines Frauenministeriums

hat dieses Land endlich Frauenpolitik und kann sich damit präsentieren."

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Herr Farthmann hat das ja auch nicht so gut gemacht!)

Frau Speth hat sich mit ihrer Fraktion sicherlich ein Fleißkärtchen bezüglich ihrer Anträge im Ausschuß verdient. Aber, Frau Speth, es sollte eigentlich nie zu spät sein, sich die Sparvorschläge der F.D.P. noch einmal anzusehen. Denn auch diese enthalten eine gewisse Logik. Wenn wir auf der einen Seite Stellen einsparen, kann natürlich an anderer Stelle kein weiterer Vorschlag für das Frauenministerium kommen. Deswegen die Striche! Aber ich werde Ihnen das gerne in aller Ruhe noch einmal erklären. Ich darf jedenfalls versichern, daß in unseren Sparvorschlägen diese Bereiche voll enthalten waren.

Zur CDU gestatten Sie mir bitte eine kleine Anmerkung. Wenn denn nun Geißler und Süßmuth für die CDU die Garanten für die neue Frauenpolitik sind, frage ich mich: Warum müssen Sie immer nach Bonn reisen? Haben Sie in Düsseldorf keine? Die F.D.P. hat den Rohde, den Riemer, den Wickel, den Tschöeltsch,

(Lachen bei der SPD)

den Schultz-Tornau, den Dorn, den Ruppert, den Kuhl, den Reichel, den Meyer und den Lanfermann

(Allgemeine Heiterkeit - Abgeordnete Garbe [SPD]: Gut, daß Sie so wenig sind, da können Sie alle nennen!)

und uns Frauen sowieso, die wir für eine neue Frauenpolitik stehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber, um auf den Ernst der Sache zurückzukommen: Der Haushalt 1991 präsentiert das Debakel dieser Landesregierung. Der Haushalt 1991 klärt auch den letzten Laien, die letzte Laiin - um Ihnen entgegenzukommen - darüber auf, daß es hier mit der Frauenpolitik nicht ernst gemeint ist. Sonst hätte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Beträgen zumindest offensichtlich werden können. Wenn man sich überlegt, daß hier 7 Millionen DM für Personal und Verwaltung verwendet werden und bei den eigentli-

(C)

(B)

(D)

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.]

chen Inhalten nichts passiert - dagegen steht unser Vorschlag: Verwenden wir diese Mittel doch originär für Frauenpolitik! Tun wir doch etwas in den Bereichen! Nur, wenn man Anträge stellt, für die man keine Deckungsvorschläge hat, fällt es uns natürlich auch schwer, hier zuzustimmen.

Ich möchte noch etwas zur Ministerin sagen. Es drängt sich der Eindruck auf, daß sich die Ministerin, um diesen Ministerjob zu bekommen, hat einkaufen lassen. Denn die einzige Kompetenz, die spürbar ist, ist die, daß sie ein Rederecht hat - und vielleicht einen Wagen mit Chauffeur; das ist alles.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

Aber ansonsten, was die Kompetenzen angeht, hat sich doch nicht viel geändert. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist es ein Trauerspiel. Die F.D.P. gibt der SPD den Rat, doch wenigstens in einem Punkt ihrem früheren Kanzlerkandidaten - er mag ja gewesen sein, wie er war - zu folgen, nämlich, das Frauenministerium hier auch aufzulösen und damit einen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung beizusteuern.

(B) Wir sind der Meinung: Frauenpolitik kann in allen Ressorts geleistet werden. Oder aber, wenn wir sagen, Frauenpolitik muß zusammengefaßt werden, dann aber bitte mit den Bereichen, die jetzt in anderen Ministerien untergebracht sind! Jedenfalls darf es keine Abgrenzung der Frauen als Sondergruppe geben; sonst tun wir den Frauen und der Frauenpolitik des Landes keinen Gefallen.

Noch eine Ergänzung: Wenn die Landesregierung es mit ihrer Frauenpolitik ernst nähme, hätte sie vielleicht einen Mann mit entsprechender Motivation zum Frauenminister gemacht.

(Lachen und Zurufe bei der SPD - Abgeordnete Garbe [SPD]: So ein Geißler-Verschnitt!)

Warum hat sie nicht beispielsweise auch weitere Frauen als Minister für Wirtschaft, für Umwelt oder für die anderen Bereiche benennen können? Das wäre für mich Frauenpolitik: mit gutem Vorbild, mit gutem Beispiel vorangehen. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Witteler-Koch. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN darf ich Frau Kollegin Hürten das Wort erteilen.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir ja sehr leid: Auch ich muß einige Wermutstropfen in diese Debatte um das Frauenministerium gießen.

Heute abend zu später Stunde - es ist jetzt 21.15 Uhr - beraten wir den Haushalt des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann. Nach dem Ministerium für Bundesangelegenheiten hat es den zweitniedrigsten Etat. Nimmt man noch die Verpflichtungsermächtigungen hinzu, so ist es das billigste Ministerium überhaupt. Damit dieser eklatante Mangel nicht deutlich wird, damit möglichst kaum jemand davon Notiz nimmt, beraten wir es jetzt hier kurz vor Toresschluß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN werten das als deutliches Zeichen dafür, wie unwichtig der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion diese Frauenpolitik eigentlich ist.

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE]) (D)

Der niedrige Etat allein wäre nicht weiter schlimm, wenn das Frauenministerium tatsächlich Querschnittspolitik machte, wenn es tatsächlich in alle Bereiche hineinwirken würde, wie es Kollegin Speth eben in Anspruch genommen hat.

Wir meinen, Anspruch eines Frauenministeriums oder auch eines Gleichstellungsministeriums muß es sein, überall 50 % der Mittel für Frauen nutzbar zu machen. Das ist ja schließlich der Sinn des Wortes "Gleichstellung". Eine Frauenministerin müßte Kompetenzen und Mittel zur Verfügung haben, das durchzudrücken. Entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe muß sie Macht haben, sonst wird sie zur Verliererin, bevor das Spiel überhaupt begonnen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Haushaltsdebatte ist der bedauerliche Beweis dafür, daß die Frau Ministerin diese Macht nicht hat, daß ihre Kollegen, die Herren Minister, nichts von

(A) (Hürten [GRÜNE])

ihrer Macht abgeben wollen und daß sie selbst - leider, sage ich - so viel Macht auch gar nicht beanspruchen will.

In der Haushaltsdebatte im Ausschuß führte Frau Ridder-Melchers aus, daß auch ohne Haushaltsmittel - also ohne Geld - gleichstellungspolitische Inhalte gezielt verfolgt werden können. Aber selbst Gleichstellung, die nichts kostet, wird in diesem Haushalt nicht umgesetzt.

Der ganze Haushaltsentwurf verstößt sprachlich gegen die 1989 - also vor unserem Einzug - verabschiedeten Grundsätze für geschlechtsneutrale Formulierungen in Veröffentlichungen der Landesregierung. Selbst im Haushaltsplan für den Geschäftsbereich der Frauenministerin ist z. B. ausschließlich von "Beamten" und "Arbeitern" die Rede. Wen verwundert es da noch, daß sich uns bei diesem Haushalt in Männersprache der Eindruck aufdrängt, dieser Haushalt sei auch im wesentlichen für Männer gemacht?

Nun ist es interessant, wie die SPD-Fraktion im Frauenausschuß - das gilt auch für unsere Frauenministerin - mit der Forderung nach frauenpolitischer Transparenz des Haushalts umgegangen sind. Ausgangspunkt der Debatte war folgende Feststellung von Frau Ridder-Melchers - ich zitiere mit Verlaub des Präsidenten -:

Angesichts der Finanzsituation des Landes wird es künftig nicht ganz einfach sein, entsprechende Fördermittel für Frauen durchzusetzen. Es wird die nicht ganz leichte Aufgabe der Frauenförderung und der Gleichstellungspolitik sein, in noch stärkerem Maße als bisher bestehende Haushaltsmittel und Förderungsinstrumente der Landespolitik für Frauen nutzbar zu machen und gezielter umzusetzen.

Ich will es noch einmal betonen: "... in noch stärkerem Maße als bisher bestehende Haushaltsmittel und Förderungsinstrumente der Landespolitik für Frauen nutzbar zu machen und gezielter umzusetzen."

Nun wollten alle Oppositionsparteien mit konkreten Zahlen wissen, welche Haushaltsmittel in welchem Maße bisher für Frauenpolitik genutzt wurden und wie für die entsprechenden Haushaltstitel die Planung für 1991 aussieht, soweit die Mittel schon festgelegt sind. Jeder und jede, der/die sich irgendwann einmal

(C)

etwas intensiver mit Frauenpolitik - vor allem mit Frauenförderungspolitik - auseinandergesetzt hat, kennt die klassischen Schritte:

Erstens: Feststellen des Ist-Zustandes.

Zweitens: Festlegung der Ziele, die in einem konkreten Zeitraum erreicht werden sollen.

Drittens: Benennen der Mittel und Wege, mit denen diese Ziele verfolgt werden.

Viertens: Regelmäßige Kontrolle und Berichterstattung über das Erreichte.

Je konkreter und differenzierter in der Analyse, bei der Zielsetzung und der Kontrolle vorgegangen wird, desto erfolgreicher können Frauenförderungskonzepte verfolgt werden. Diese Binsenweisheit scheint noch nicht bis zur SPD vorgedrungen zu sein. Mit faden-scheinigen Argumenten wurde es abgelehnt, dem Frauenausschuß Informationen darüber zur Verfügung zu stellen, in welchem Umfang in allgemeinen Haushaltstiteln Frauenprojekte und -maßnahmen geplant sind.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Sehr interessant!)

(D)

Frau Ridder-Melchers, es ist ja schön, darüber zu reden, daß die bestehenden Haushaltstitel noch gezielter für Frauen eingesetzt werden müssen. Nur: Wenn niemand erfährt, wie intensiv die Haushaltsmittel bisher für Frauen eingesetzt wurden und welcher Frauenanteil für 1991 geplant ist, wenn Sie diese Angaben verweigern, wie Sie und die SPD-Fraktion dies getan haben, dann betreiben Sie Schattenboxen. Dann ist Ihre Frauenförderpolitik eine Politik der Worte. Die Taten sind nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu paßt es dann auch, an welcher Stelle der Haushaltsberatungen Frauenpolitik beraten wird. Der Frauenausschuß tagte dazu erst, als alle anderen Ausschüsse - bis auf den Haushalts- und Finanzausschuß - bereits beraten hatten. Hier im Plenum ist es genauso.

Wenn aber der Anspruch ernst gemeint ist, Frauenpolitik in die Bereiche hineinzutragen, dann muß sie

(A) (Hürten [GRÜNE])

zuerst beraten werden, damit frauenpolitische Empfehlungen, Wünsche oder Forderungen in die Beratungen der anderen Ausschüsse hineinfließen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie machen es umgekehrt: Sie verweigern die frauenpolitische Transparenz des Haushalts.

Ich frage die Landesregierung: Wie ernst nehmen Sie Frauenpolitik? Wann geben Sie Ihrer Frauenministerin die Macht, die Kompetenz und die Mittel, um tatsächlich Frauenpolitik in alle Bereiche zu tragen und 50 % aller Mittel für Frauen zu besetzen?

(Abgeordneter Henning [SPD]: Um Gottes willen!)

- Ja, ich kann mir denken, daß Sie "um Gottes willen!" sagen, weil die Männer dann etwas abgeben müssen.

Frau Ridder-Melchers, ich weiß, Frauen haben ein ambivalentes Verhältnis zur Macht. Im Gegensatz zu Männern ist ihr Machtstreben völlig unterentwickelt. Ich dränge Sie und fordere Sie im Interesse der Frauen in diesem Lande auf: Fordern Sie die Macht ein! Lassen Sie sich nicht weiter nach hinten schieben!

(B)

Nun noch kurz zum Haushalt des Frauenministeriums selbst: Bereits in der Debatte um das Frauenministerium vergangene Woche habe ich deutlich gemacht, daß mir das Frauenministerium lieb und teuer ist. Im Gegensatz dazu kann es der Landesregierung anscheinend nicht billig genug sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Landesregierung nur bereit wäre, dem Frauenministerium hier in Nordrhein-Westfalen den halben Etat des Frauenministeriums aus Niedersachsen zur Verfügung zu stellen, dann könnten wir nicht nur unsere Anträge - einschließlich einiger frauenpolitisch relevanter Anträge zu anderen Ministerien - in Gänze umsetzen: zum Beispiel den Antrag zu Mädchenhäusern, zusätzliche Mittel für Frauenforschung, ein gezieltes Frauenförderprogramm für Frauen auf dem Land. Nicht nur das wäre finanzierbar, Frau Ridder-Melchers, sondern Sie könnten nach eigenem Gutdünken noch darüber hinausgehen.

(C)

Aber, wie gesagt: Die Landesregierung bevorzugt eine Billigausgabe des Frauenministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst die wenigen Aufgaben, für die das Frauenministerium direkt zuständig ist, können nicht entsprechend dem dringendsten Bedarf finanziert werden. Aus dem Etat des Einzelplans 11 werden Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser finanziert, wobei es sich bei letzteren im wesentlichen um die Bezuschussung von Personalkosten handelt.

Selbst bei diesem minimalen, aber nichtsdestotrotz wichtigen Aufgabenbereich reichen die Mittel des Ministeriums nicht aus, um den Bedarf zu finanzieren.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: "Bedürfnis" meinen Sie!)

- Um den Bedarf zu finanzieren; das meine ich so.

Von einer flächendeckenden Versorgung, die das Ministerium selber als vorrangiges Ziel anstrebt, sind wir weit entfernt. In 13 Kreisen und kreisfreien Städten gibt es noch kein vom Land gefördertes Frauenhaus. Davon sollen jetzt fünf mit den neuen Mitteln versorgt werden.

(D)

Meine Damen und Herren! Bezogen auf die Bedürfnisse, die dahinterstehen, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Die meisten Frauenhäuser sind völlig überfüllt. Sie leiden unter schlechter Ausstattung und sind permanent gezwungen, Frauen, die in Not sind, abzuweisen.

Frauen werden geschlagen, erniedrigt, mit Äxten und Rasierklingen bedroht und malträtiert, sexuell mißhandelt und vergewaltigt.

(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten der SPD)

- Ich finde es interessant, daß die Herren von der SPD das lustig finden.

In jeder vierten Familie - so wird angenommen - kommt es zu Gewalttätigkeiten. Dabei hat kaum eine Frau die Möglichkeit, den gewalttätigen Mann aus ihrer Umgebung zu verbannen, ihn aus ihrer gemein-

(A) (Hürten [GRÜNE])

samen Wohnung zu weisen. Ihr bleibt nur die Möglichkeit zur Flucht.

Und was passiert, wenn sie - oft nach jahrelangen Mißhandlungen - aus einer vielleicht lebensbedrohenden Situation flieht und Zuflucht in einem Frauenhaus sucht? - Mehr als jede zweite Frau wird aus Platzgründen abgewiesen.

1989 fanden 4 700 Frauen Aufnahme in nordrhein-westfälischen Frauenhäusern, aber 5 500 wurden abgewiesen.

Wir GRÜNEN haben die Aufstockung der Mittel um 2,3 Millionen DM beantragt. Diese Summe entspricht einer Grundförderung für 17 weitere Frauenhäuser. Damit wäre eine flächendeckende Versorgung gewährleistet und auch in den großen Städten die Einrichtung zweiter Frauenhäuser möglich.

Genauso verhält es sich mit unserem Antrag zur Aufstockung der Mittel für Frauenberatungsstellen.

Ein wesentliches Argument für die katastrophale Überbelegung der Frauenhäuser ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Frauen mit Kindern bleiben immer länger im Frauenhaus, weil sie keine Wohnung finden. Auch hier müßte die Frauenpolitik in die anderen Bereiche getragen werden. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, daß hier die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gefragt sind; auch das Land kann handeln. Vielleicht lassen sich da noch Wege finden, zumal für den Wohnungsbau hier in Nordrhein-Westfalen auch eine Ministerin zuständig ist.

(B)

Schwieriger stelle ich mir da schon den Zugang zu Herrn Minister Krumsiek vor. Eine gute Möglichkeit, die Wohnungsnot von geschlagenen Frauen zu bekämpfen, wäre ein Gesetz, das Frauen in solchen Situationen den Rechtsanspruch auf die eheliche oder partnerschaftliche Wohnung einräumt - also auch eine gute Möglichkeit, Frauenpolitik ohne Geld umzusetzen.

Allerdings ist hier wieder das Problem der Vernetzung mit den anderen Ministerien. Die Vernetzung mit den anderen Ministerien scheint mir für das kleine Frauenministerium hier ein Problem zu sein. Um unterstützend zu wirken, haben wir Frauenreferate in allen Ministerien beantragt, sozusagen als vorge-

(C)

schobene Posten des Frauenministeriums. Diese Frauenreferentinnen sollen Knotenpunkte im Netzwerk sein, das die Frauenministerin über die anderen Ministerien wirft. Die Frau Ministerin als Fischerin, die das Netz in der Hand hält - ein Bild, das mir gefallen würde. Ich hoffe, es gefällt Ihnen auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Hürten. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Nagel das Wort. Bitte!

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Muß das sein?)

Abgeordneter Nagel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, das muß sein; denn das war ja wohl der Gipfel, Frau Kollegin Speth. Ich will weiß Gott Ihre Geduld nicht arg strapazieren; sie wissen, daß ich hier in all den Jahren sicher nicht zu den Vielrednern gehört habe. Aber das war doch der Gipfel der Frechheit.

Die CDU hatte nämlich im Frauenausschuß beantragt, alle frauenrelevanten Themen aus allen Ressorts im Ausschuß zu beraten.

(D)

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Sie sind doch herausgegangen! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie haben es überhaupt nicht begriffen! - Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Frau Rauterkus, wenn Sie zuhören, sind Sie viel angenehmer. Ich würde lieber nicht so laut schreien.

Also: Wir hatten das beantragt. Man hat es abgelehnt. Und in der Abstimmungssitzung hat man plötzlich gefordert: Jetzt wollen wir alle frauenrelevanten Themen aus allen Ressorts beraten. Wohlgermerkt: nachdem in den anderen Fachausschüssen abschließend beraten war!

Ich hatte schon ein halbes Dutzend Stunden im Sozialausschuß meine zeitlichen Sündenstrafen abgebüßt, dort abschließend beraten, auch alle frauenrelevanten Themen, abgestimmt - und plötzlich kam die Mehrheitsfraktion im Frauenausschuß mit der Gnade: Jetzt dürft ihr das Ganze noch einmal machen. Meine Damen und Herren, veräppeln läßt sich die CDU

(A) (Nagel [CDU])

nicht; daran denken wir gar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sogar gesagt: Wir möchten für die Zukunft, daß der Frauenausschuß die frauenrelevanten Themen federführend berät. Auch das ist abgelehnt worden. Erst in der Abstimmungssitzung, als in den anderen Ausschüssen schon abschließend beraten war und schon die Vorlagen an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen waren, ist man mit der Forderung gekommen.

Meine Damen und Herren, das Ganze war eine Farce. Die CDU-Fraktion nimmt Frauenpolitik ernst, möchte ernsthaft beraten und keine Scheingefechte führen, auch in der Zukunft nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Nagel, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Martsch beantworten?

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Des Kollegen Martsch immer! Unter Nebenerwerbslandwirten kann man das machen.)

(B)

- Dann hat er das Wort, bitte schön.

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Frau Kollegin Nagel, in Anbetracht der späten Stunde wollte ich nur kurz fragen, ob Sie wissen, wie spät es ist.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Nagel (CDU): Ich weiß das sehr wohl, Herr Kollege Martsch. Aber ich würde in Ihrem Zustand gar nicht mehr reisen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, uns ist die Frauenpolitik zu schade, als daß wir hier Scheingefechte führen.

Es ist ja eine verkehrte Welt. Die F.D.P.-Fraktion - verehrte Frau Witteler-Koch, ich schätze Sie sonst sehr - beantragt, das Frauenministerium ganz aufzulö-

(C)

sen. Meine Obmännin Frau van Dinther

(Zurufe von den GRÜNEN: Obfrau!)

hat natürlich völlig recht, daß wir ihm noch eine Chance geben. Die SPD kämpft wie die Löwen - oder Löwinnen, verehrte Frau Kollegin - für das Frauenministerium, obwohl es ja sein könnte, daß sich die F.D.P. mit Herrn Lafontaine abgestimmt hat, der im Saarland das Frauenministerium gerade auflöst.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Das glaube ich nicht! Der hat mit der F.D.P. nichts am Hut!)

Das ist eine verkehrte Welt.

Ich glaube, daß wir die einzigen sind, die das ernst nehmen.

(Oh-Rufe bei den GRÜNEN)

Apropos Frauenpolitik! Ich habe noch eine Frage an Sie, Frau Minister.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: "rin"!)

Ich habe gehört, Herr Rau, dem wir alles Gute wünschen, hat einen Fahrer, Herr Schnoor hat einen Fahrer, Herr Krumsiek hat einen Fahrer. Das verstehe ich ja alles. Aber ich habe gehört, Frau Brusis hätte auch keine Fahrerin. Haben Sie eigentlich eine Fahrerin, oder wer macht das? Sonst könnte ich das ja auch machen.

(D)

(Heiterkeit und Beifall - Abgeordneter Henning [SPD]: Der will den Führerschein verlieren!)

Zum Abschluß lassen Sie mich in allem Ernst noch folgendes sagen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Nagel, bevor Sie abschließen: Wollen Sie vielleicht doch eine Frage von Frau Witteler-Koch noch mitnehmen?

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Bitte schön, sehr gerne, Frau Witteler-Koch, weil Sie es sind!)

- Bitte sehr!

(A)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Nagel, was halten Sie denn von Saaldienerinnen?

Abgeordneter Nagel (CDU): Ja, dafür wäre ich ohnehin. Dann hätten wir ein ganz anderes Bild. Völlig einig!

(Heiterkeit)

Ich bin sowieso bei dem Punkt.

(Erneut Heiterkeit)

Wo ist Herr Farthmann? Da hat gestern einer von den GRÜNEN so etwas Schickes mit dem Linsenschleifer in Jena gesagt. - Herr Farthmann, Sie haben das ja alles mit der Quote gemacht; Sie waren ja dafür.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ich nicht!)

Da haben Sie aber wenig Erfolg gehabt. Wir haben ohne Quote 20 Frauen hier im Landtag, und wenn Sie, Frau Witteler-Koch, hier Ihre frauenpolitischen Männer aufgezählt haben, dann muß ich sagen: Wir haben 20 Frauen, die Frauenpolitik machen, und 69 Männer, und zwar - ich gebe Ihnen völlig recht; das war vielleicht nicht ganz richtig - nicht Geißler oder Süßmuth, obwohl das ganz tolle Leute sind, sondern Regina van Dinther, Marie-Luise Woldering, Frau Opladen, Frau Wischermann und 67 Männer. Das ist schon was!

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Nagel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Zuruf)

Abgeordneter Nagel (CDU): Nein, das will ich Ihnen sagen: Ich bin der Dienstälteste. Deshalb haben die den genommen - wegen besonderer Zuverlässigkeit!

So, und jetzt ein letztes ernstes Wort. Bei ein paar Vorrednerinnen - ich meine es jetzt wirklich ernst -, leider auch bei Frau Speth, bei der ich immer sehr aufmerksam zuhöre, und bei der Frau Kollegin von

(C)

den GRÜNEN, störte mich heute ein bißchen dieser Pessimismus, diese negative Einstellung. Ich bin als Großvater vieler Enkel

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wie viele?)

und als Vater vieler Söhne und Töchter und Schwiegertöchter - lassen Sie mich das einmal zu Ihrem Pessimismus sagen - sehr guter Hoffnung, daß in der Generation nach uns, bei unseren Söhnen und Töchtern und Enkeln, die Partnerschaft zwischen Mann und Frau ein ganzes Stück nach vorn kommen wird. Wenn die Politik nur die Rahmenbedingungen schafft, bin ich sehr positiv eingestellt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Kollegen Nagel und erteile für die Landesregierung der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Frau Ilse Ridder-Melchers, das Wort.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Nagel, ich nehme es Ihnen besonders gern ab, weil wir uns schon lange persönlich kennen,

(D)

(Große Heiterkeit)

daß Sie mir eine Chance einräumen. Ich hoffe sogar, daß Sie mich in der Arbeit unterstützen.

Ihre Frage, ob ich denn eine Fahrerin hätte, will ich Ihnen gern beantworten. Ich habe eine. Ich habe dafür gesorgt, daß im Fahrpool der Landesregierung jetzt schon drei Fahrerinnen tätig sind. Es können ja auch noch mehr werden. - Zu dem Angebot, Herr Nagel, sozusagen mit Ihnen gemeinsam die Heimfahrten anzutreten: Ich weiß nicht, ob das möglich ist; aber das können wir ja noch einmal prüfen.

Aber jetzt im Ernst. Sie haben zum Schluß zu Recht gesagt: Wir werden Gleichstellung und Gleichberechtigung durchsetzen, wenn die Politik nur die Rahmenbedingungen schafft. Dabei sind wir jetzt. Die Politik muß die Rahmenbedingungen setzen, und ich denke,

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

wir setzen diese Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen.

Frau Kollegin Hürten, ich war etwas traurig über Ihren Wortbeitrag. Ich glaube, ich habe Ihnen schon einige Male mitgeteilt, daß wir seit 1987 in allen Ministerien der Landesregierung Gleichstellungsbeauftragte haben. Die sind da ordentlich installiert; das sind Referate, die diesen Auftrag haben. Ich würde Sie wirklich bitten, das einmal zur Kenntnis zu nehmen. Die arbeiten auch mit mir ganz eng zusammen.

Eine zweite Sache will ich hier wirklich zurückweisen. Sie haben davon gesprochen, daß wir die Transparenz der Haushaltspolitik verweigert haben. Ich darf darauf hinweisen, daß wir für die Landesregierung im Ausschuß zwei schriftliche Vorlagen vorgelegt haben, in denen alle Einzelheiten dargelegt waren. Die Förderungsmaßnahmen waren nach drei Punkten gegliedert: Maßnahmen, die originär im gesamten Landeshaushalt nur für Frauen da sind, Programme, die durch besondere Auflagen für Frauen nutzbar gemacht werden, und Maßnahmen, die für Männer und Frauen gleichermaßen verfügbar sind. Von daher hatte der Ausschuß die Möglichkeiten, darüber zu beraten.

(B) Zu Ihrem Antrag zur Förderung von Frauenhäusern: Sie begründen diesen Antrag damit, daß gerade im ländlichen Raum noch Frauenhäuser fehlen. Ich kann nur sagen: Der Bedarf ist noch da; aber er ist erheblich zurückgegangen, weil wir in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig in unterversorgten Gebieten gefördert haben: Rheine, Bocholt, Castrop, Arnsberg, Marienheide, Dorsten, Kamen, Soest. Da haben wir in den letzten Jahren gefördert, und das werden wir auch weiter tun. Wir können in diesem Jahr fünf weitere Frauenhäuser fördern, und ich denke, das macht deutlich: Wir werden unser Ziel, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, bald erreicht haben.

Nur was wir nicht können: Wir können keine Träger zwingen, Frauenhäuser zu errichten. Das muß schon vor Ort geschehen. Von dort müssen die Initiativen kommen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja heute der erste Haushalt der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, der hier beraten wird, und da würde es sich sicherlich anbieten, über

(C)

viele Einzelheiten zu sprechen. Aber angesichts der Zeit will ich mir das ersparen. Ich könnte mir auch vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das zu so später Stunde bei einigen in doppelter Hinsicht Bauchschmerzen verursachen würde.

Vizepräsident Schmidt: Frau Ministerin, ich darf Sie unterbrechen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es ziemlich unfair, daß Sie gerade zu so später Stunde, wenn dieser Haushalt aufgerufen wird, derartige Geräuschkulissen veranstalten. Bitte, hören Sie der Frau Ministerin zu!

(Beifall)

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Schönen Dank, Herr Präsident! - Ich habe natürlich Verständnis, daß die Aufmerksamkeit zu so später Stunde nachläßt. Da aber so vieles gesagt worden ist, muß ich doch kurz noch Stellung nehmen.

Zur Schwerpunktsetzung in der Frauenpolitik, zur Bedeutung der Arbeit in dem neuen Ministerium ist in der letzten Woche im Plenum ausführlich gesprochen worden. Der F.D.P.-Antrag hat ja eine deutliche Antwort bekommen. Darüber freue ich mich natürlich.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich nicht, daß die F.D.P.-Fraktion solche Anträge stellt. Wenn die Landesregierung - ich glaube, ich darf das auch für die SPD-Fraktion sagen - von Gleichstellungspolitik spricht, meint sie damit auch: soziale Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Politik liegt Ihnen von der F.D.P. nun einmal gar nicht.

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.] schüttelt den Kopf.)

Abbau von Privilegien, soziale Gerechtigkeit - das ist nun einmal nicht Ihr Hobby.

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil! Sie erhalten lieber Privilegien aufrecht, um Ihre Klientel gut zu bedienen. Frau Kollegin Speth hat dazu vorhin ein plastisches Beispiel genannt. Ich will es nicht wiederholen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

Es geht ja nicht nur darum, daß die Frau F.D.P.-Wohnungsbauministerin in Bonn vier Staatssekretäre einsetzt, sozusagen schön versorgt,

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Wenn Ihnen nicht mehr einfällt!)

die sich da die Füße wundtreten und daß dann noch jemand gebraucht wird, um sie zu koordinieren. Die müssen ja auch koordiniert werden, weil sie nur alle zwei Monate im Parlament Dienst tun.

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Arme Ministerin!)

Also: halbe Arbeit, aber voller Lohn. Einen solchen Lohnausgleich würden sich alle Frauen im Lande auch wünschen.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Einige Male ist davon gesprochen worden, daß mein Haushalt zuviel Personal und zuwenig Sachmittel habe. Zum Thema Personal sage ich nur eines: Wer in Sachen Frauenpolitik nicht nur Sonntagsreden halten will,

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Werktagsreden!)

der braucht Personal, um Maßnahmen, Projekte und Programme für Frauen umzusetzen und auch durchzubringen. Ohne Personal ist das hier wie bei jeder vernünftigen Sachpolitik nun einmal nicht möglich. Wir haben das einmal in Prozentzahlen berechnet: Unser Personal macht 0,00016 % der Landesbediensteten in Nordrhein-Westfalen aus. Ich frage Sie ernsthaft, meine Damen und Herren, ob das wirklich unangemessen hoch ist.

Zum Sachhaushalt ist zu sagen: Dieser ist sicherlich

(C)

ausbaufähig. Aber, um auch das sehr deutlich zu sagen: Es ist nicht Ziel der Landesregierung, auch nicht Ziel meiner Politik, lauter kleine Frauentöpfe bei mir zu schaffen. Wir wollen keine Spielwiesen für die Frauen. Wir wollen, daß Frauenpolitik überall, in allen Ministerien stattfindet

(Beifall bei der SPD)

und daß alle Landesmittel und alle Förderungsmaßnahmen für die Frauen geöffnet werden. Und das tun wir in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der SPD)

Ich will kurz ein paar Beispiele nennen, damit Sie - auch von den GRÜNEN - es lernen: unsere Beratungsstellen "Frau und Beruf" beim Wirtschaftsminister, unser Wiedereingliederungsprogramm beim Arbeitsminister, das Arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm mit 116 Millionen DM beim Arbeitsminister, in das wir eine Bevorzugungsregelung für Frauen eingearbeitet haben, Frauenkulturprojekte beim Kultusminister, Frauenforschung bei der Wissenschaftsministerin,

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

(D)

Frauenwohnungsbauprojekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung. Dies alles macht deutlich: Frauenpolitik findet überall in der Landesregierung, in allen Ministerien und mit allen Ministerien, statt. Das werden wir in Nordrhein-Westfalen auch weiter so halten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie eine Frage der Abgeordneten Witteler-Koch zulassen?

(Ministerin Ridder-Melchers: Herr Präsident, meine Redezeit ist fast zu Ende. Ich komme jetzt zum Schluß.)

- Keine Zwischenfrage!

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Ich freue mich, daß die

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

Durchsetzung unserer Frauenpolitik in allen Ressorts der Landesregierung Unterstützung findet. Die SPD-Anträge gehen ja genau in diese Richtung, sie unterstützen dieses ganz klar.

Frau Kollegin van Dinther, Sie haben vorhin davon gesprochen, daß Sie bereit seien, Geduld mit mir zu üben. Ich wäre froh, ich hörte von Ihnen einmal etwas Konstruktives, Sie brächten einmal vernünftige Anträge im Frauenausschuß auf den Tisch. Das sage ich auch an die Frau Kollegin Witteler-Koch gerichtet.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten van Dinther [CDU] und der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.]

Von ihnen fehlen konstruktive Anträge und Initiativen in Sachen Frauenpolitik. Ich hätte die letzten Jahre da gern etwas mehr gesehen.

Über die etwas heftige Debatte im Plenum habe ich mich allerdings gewundert. Wenn ich an die Ausschlußberatungen denke, so ist dort der Haushalt der Ministerin gegen eine Stimme verabschiedet worden, die GRÜNEN und die CDU haben sich der Stimme enthalten. Das kann beim nächsten Mal ja noch besser werden, vielleicht stimmen dann auch sie zu. Die Hoffnung, daß Frau Witteler-Koch lernfähig ist, habe ich allerdings aufgegeben. - Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Drei Friseurinnen als Fahrerinnen der Dienstwagen, das haben wir heute abend gelernt!)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 11 liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich verweise auf den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1424. Wir treten in die Einzelabstimmung ein.

Anlage 1: Kapitel 11 020 Titel 684 20 "Selbsthilfegruppen". Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

(C)

Anlage 2: Kapitel 11 020 Titel 684 10 "Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen". Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 3: Kapitel 11 020 Titel 684 10 und 684 20 "Förderung von Frauenhäusern". Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung** in zweiter Lesung. Wer dem Einzelplan 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Annahme in zweiter Lesung mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe die Nummern 8 und 9 auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

sowie:

Haushaltsgesetz 1991

(D)

Zu den Einzelplänen 12 und 20 und zum Haushaltsgesetz liegen Ihnen in den Drucksachen 11/1112, 11/1116 und 11/1100 die Beschlussempfehlungen vor. Zum Einzelplan 12 liegt darüber hinaus in Drucksache 11/1425 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit zwei Anlagen vor. Zum Einzelplan 20 liegen in Drucksache 11/1430 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit drei Anlagen, in Drucksache 11/1438 ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN und in Drucksache 11/1431 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor. Zum Haushaltsgesetz liegen in Drucksache 11/1432 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU, in Drucksache 11/1433 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit zwei Anlagen und in Drucksache 11/1434 ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. mit drei Anlagen vor.

Ich eröffne die Beratung und darf dem Abgeordneten Dautzenberg von der CDU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön!